

INTEGRATION

Vom NIP zum NAP(I)

Der Nationale Aktionsplan Integration – ein kritischer Bericht

Inzwischen wimmelt es in Deutschland nur so von Nationalen Aktionsplänen – vom NAP Ernährung über NAP Donauschifffahrt bis zum NAP Pflanzenschutz.

Und nun auch ein NAP Integration. Eigentlich könnte ein solches Vorhaben Anlass geben, grundsätzlich über dessen Ziele zu sprechen und zu schreiben, was Ziel von Integration sein könnte. Der Vorläufer des NAP Integration – der Nationale Integrationsplan (NIP) aus dem Jahr 2007 – versuchte dies jedenfalls stellenweise; das Zuwanderungsgesetz sollte schließlich breit umgesetzt werden. Mit dem NAP Integration sollte nun der Integrationsplan fortgeschrieben werden.

Der Nationale Aktionsplan ist ein Vorhaben der Bundesregierung und der beteiligten Bundesministerien. Diese bestimmen auch, welche Institution zu welchem Dialogforum eingeladen wird: zunächst einmal und an erster Stelle die sogenannten Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgeber; kommunale Spitzenverbände, Vertreter der Länder, manchmal auch die Wohlfahrtsverbände und einige Migrantenselbstorganisationen sowie der Volkshochschulverband für die Weiterbildung. Vielfach bleibt es intransparent, nach welchen Kriterien die Einladungen erfolgen, so waren z.B. im Dialogforum Bürgerschaftliches Engagement keine Vertreter der Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zu finden.

Leider müssen wir feststellen, dass es nicht mehr üblich ist, in gleichem Atemzug mit den Sozialpartnern auch die Kirchen an den Tisch zu bitten, selbst wenn sie bei diesem Thema eine gewichtige Stimme sind. Nur mit Mühe und Verhandlungsgeschick erreichte es das Katholische Büro in Berlin, dass Vertreter/-innen der katholischen Kirche in einigen Dialogfo-

ren vertreten waren. Es ist offensichtlich nur schwer zu vermitteln, dass katholische Institutionen wie andere gesellschaftliche Gruppen in vielen Feldern tätig sind und zum Beispiel die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) der zweitgrößte Anbieter im Bereich der öffentlich verantworteten Weiterbildung ist.

Elf Dialogforen

In elf sogenannten Dialogforen wurde anhand einer Vorlage aus dem zuständigen Ministerium oder der Behörde über wichtige Vorhaben der Integrationspolitik diskutiert. Rund 550 Vertreter/-innen beteiligten sich an den Foren, die in der ersten Jahreshälfte 2011 meist zweimal tagten. Ein nicht geringer Aufwand also, insbesondere angesichts dessen, was von den Expertenvorschlägen tatsächlich übernommen wurde.

Die beteiligten Institutionen waren gebeten, nicht nur Wünsche und Forderungen zu äußern, sondern vor allem in einer Art Selbstverpflichtung ihren Beitrag zur besseren Integration deutlich zu machen und diesen mit Indikatoren messen zu lassen. Leider lassen sich viele Maßnahmen nicht ohne öffentliche Förderung durchführen, sodass der Finanzierungsvorbehalt immer mitzulesen ist und die Aussagen oft aus Selbstverständlichkeiten und Allgemeinplätzen bestehen, insbesondere angesichts der drastischen Mittelkürzungen der letzten Jahre. Problemanzeigen mit Forderungen an ein Umdenken verknüpft waren nicht gern gesehen. Wenn in den Ausführungen der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung die Bedeutung guter Schulabschlüsse im Hinblick auf die Ausbildungsfragen hervorgehoben wird, hätte man sich konkrete Vorschläge gewünscht, wie beispiels-

weise die auch in nächster Zukunft immer noch sehr hohe Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss durch konzentrierte Aktionen behoben beziehungsweise reduziert werden kann. Mit Hinweis auf die Zuständigkeit der Länder wurde dies jedoch rigoros abgeblockt. Die Anmerkung und die »Verpflichtung« der Bundesagentur für Arbeit, dass das Nachholen des (einfachsten) Hauptschulabschlusses ja in Berufsvorbereitenden Maßnahmen (jener sonst gern verteuflten Warteschleife) durchaus möglich sei, entlockt dem Kenner der Szene nicht einmal das gern zitierte »müde Lächeln«. Es ist hier nicht der Ort, diese Thematik weiter auszufalten, gestattet sei aber der Hinweis: Für ganz wenige Teilnehmende wird auf den aller-einfachsten Abschluss vorbereitet (in NRW der Hauptschulabschluss nach Kl. 9), der auf dem Ausbildungsmarkt nichts zählt. Vergebene Chance! Gelegentlich haben die federführenden Stellen wohl auch Aussagen in den Aktionsplan platziert, die in dieser Form im Dialogforum entweder abgeschwächt oder gar verworfen wurden (Beispiel: der verstärkte Einsatz digitaler Medien in den Integrationskursen).

Sehr umfangreicher Steinbruch

Herausgekommen ist insgesamt ein sehr umfangreicher Steinbruch, aus dem alles oder auch nichts für künftige Aktivitäten entnommen werden kann. Vielleicht ist dies ja für die Ministerialverwaltung auch notwendig, um sich gegenüber den ministeriellen Geldverwaltern durchzusetzen. Den etwas unbefangeneren Leser erschlägt einfach die Menge der Themen und der Inhalte. Weniger wäre mehr gewesen. Nach längeren Abstimmungsverfahren mit den Bundesministerien,

den Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden konnte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, den Nationalen Aktionsplan Integration auf dem 5. Integrationsgipfel vorstellen. Sie fasst das Ergebnis wie folgt zusammen:

»Darüber hinaus leiten wir mit dem Aktionsplan einen Paradigmenwechsel ein: Weg von zeitlich befristeten Projekten – hin zu Regelangeboten. Dies ist eine neue Qualität in der Integrationspolitik. Dazu gehört das Ziel, den Anteil von Migrantinnen im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Auch der Bundesfreiwilligendienst bietet eine Chance für Menschen aus Zuwandererfamilien, sich aktiv einzubringen. Im Bereich Sport hat sich der Bund verpflichtet, die Richtlinien zur Spitzensportförderung zu ändern. Zuwendungsempfänger müssen künftig nachweisen, dass sie das Thema Integration besonders in den Blick nehmen, beispielsweise durch interkulturelle Schulungen von Trainern. Ähnliches gilt für den Bereich Kultur. Auf diesem Weg finden strukturelle Veränderungen statt ... Zugleich wird Integration durch den Aktionsplan verbindlicher: durch klare Ziele, die überprüfbar und messbar sind. Ansporn sind für uns die maßgeblichen Fortschritte, die wir bei der Integration seit 2005 erreicht haben«, so Böhmer.

Leider kam in der Öffentlichkeit hauptsächlich die Absicht herüber, den Anteil von Migrantinnen im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Das hätten die Bundes- und Landesbehörden, die kommunalen Körperschaften auch ohne großartigen »Aktionsplan« schon längst einleiten können. Vielleicht bedarf es solcher inszenierten Anlässe, damit sich etwas bewegt.

Man darf gespannt sein, was von den vielen Verpflichtungen und Ansätzen verwirklicht wird. Eines ist sicher: Der nächste »Nationale Aktionsplan Integration« kommt bestimmt.

Der Wortlaut des NAP Integration ist nachzulesen unter www.integrationsbeauftragte.de > Nationaler Aktionsplan.

Dr. Alois Becker

SPD kritisiert Kürzungen der Mittel für Bundeszentrale für politische Bildung

Die SPD-Fraktion dringt auf eine Rücknahme der Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung. »Gerade vor dem Hintergrund der Geschehnisse rings um die Zwickauer Terrorzelle, der Wahlerfolge der NPD, alltäglicher rechter Gewalttaten und der weiten Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungsmuster sind die Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung grob fahrlässig«, heißt es in einem Antrag der Fraktion vom Dezember 2011.

Zugleich warnt die Fraktion vor »dramatischen Auswirkungen« der »tiefen finanziellen Einschnitte«. Die Bundeszentrale selbst werde ihre Leistungen einschränken, und die bundesweit etwa 430 von ihr geförderten Träger der politischen Bildung würden Breite und Qualität ihrer Angebote spürbar verringern müssen. Die »verheerenden Kürzungen« bei der Bundeszentrale seien verfehlt

und müssten »schnellstmöglich zurückgenommen und auf das Niveau von 2010 zurückgeführt werden«.

Die Umsetzung der im Sommer 2011 beschlossenen Kürzungen wird derzeit auch angesichts des rechtsextremen Terrorismus medial weitergeführt. In der Braunschweiger Zeitung (10. Januar) etwa rechtfertigt FDP-Mann MdB Stefan Ruppert die Kürzung als notwendig, um den Haushalt zu entschulden. MdB Daniela Kolbe, SPD, heftigste Verfechterin einer Rücknahme der Kürzungen, hebt dort in ihrer Stellungnahme die Leistungen der Bundeszentrale hervor, die in dieser Form bei den anstehenden Etatveränderungen nicht mehr möglich sein werden. Der Bundesausschuss für politische Bildung bap hat eine Internetplattform (www.demokratiebraucht-politischebildung.de) mit aktuellen Informationen zur Debatte freigeschaltet. Dort ruft er auch zur Unterzeichnung einer Petition gegen die Kürzungen auf (s. auch EB 4/2011).

Vielfalt der Erinnerung

Gedenkstätten, Museen, Dokumentationszentren, Mahnmale, Online-Angebote: Zahlreiche Einrichtungen erinnern an die Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ermordet wurden oder umgekommen sind. Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hat die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb mehr als 200 Erinnerungsorte in einer Datenbank zusammengetragen. Die Datenbank ist ab sofort freigeschaltet und auf www.bpb.de/erinnerungsorte abrufbar.

Alle in die Datenbank aufgenommenen Orte werden anhand eines Kurztextes vorgestellt. Mit der Datenbank möchte die bpb dazu anregen, im Rahmen der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Erinnerungsorte in die historisch-politische Bildungsarbeit einzubeziehen. Neben den großen und bekannteren Gedenkstätten sollen vor allem auch mittlere und kleinere Orte einbezogen werden, da sie die Bedeutung der lokalen Erinnerungskultur und des oftmals ehrenamtlichen Engagements der Mitarbeiter deutlich machen. Das Online-Portal zielt darauf ab, einen möglichst umfassenden Überblick über die verschiedensten Orte und Einrichtungen zusammenzutragen. Daher werden Hinweise und Vorschläge unter erinnerungskultur@bpb.bund.de entgegengenommen.

Derzeit arbeitet die bpb an einer Applikation (App) für Mobiltelefone, sodass bald auch unterwegs Erinnerungsorte in der Umgebung gesucht und angezeigt werden können.

Qualifikationsrahmen: Einigung gelungen

Allgemeine Schulabschlüsse ausgeklammert / Umgang mit non-formaler Bildung noch nicht geklärt

Nach langer Diskussion (s. EB 4/2011) haben sich Bundesregierung, Kultusministerkonferenz, Wirtschaftsministerkonferenz, Sozialpartner und Wirtschaftsverbände auf einen Weg zur Umsetzung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) verständigt.

Danach sollen die allgemeinbildenden Schulabschlüsse zunächst dem Rahmen nicht zugeordnet werden. Damit ist entschieden, dass zunächst auf den DQR-Niveaus 1 und 2 die Berufsausbildungsvorbereitung angesiedelt wird, auf Niveau 3 die zweijährige berufliche Erstausbildung und auf Niveau 4 die drei- und dreieinhalbjährige berufliche Erstausbildung. Auf Stufe 5 sollen Fortbildungen, die vergleichbar sind mit dem IT-Spezialisten, verortet werden. Niveau 6 erreichen der Bachelor, der Meister, der Fachwirt und die Fachschulabschlüsse wie Techniker. Stufe 7 werden der Master und der Operative Professional (IT) zugeordnet, und Stufe 8 die Promotion. »Wir haben nun einen Weg gefunden,

wie wir den weiteren Prozess zur Einführung des DQR fortsetzen können und gleichzeitig die Voraussetzungen für eine abschließende Zuordnung in den kommenden Jahren schaffen«, erklärte der Präsident der Kultusministerkonferenz und Hamburger Senator Ties Rabe nach der Einigung.

In den nächsten Jahren werde es nun darum gehen, Entwicklungen auf europäischer Ebene zu begleiten und die europäischen Partner von der Qualität der deutschen Ausbildungen und Abschlüsse zu überzeugen. Ziel sei es, eine höchstmögliche Einstufung zu erreichen, um die Chancen deutscher Jugendlicher im europäischen Wettbewerb zu sichern (www.deutscherqualifikationsrahmen.de).

Non-formale Kompetenzen

»Der Weg für die Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) ist nun frei. Jetzt muss zügig der

im letzten Jahr deswegen ins Stocken geratene Prozess der Einbeziehung non-formaler und informeller Bildung in den DQR fortgesetzt werden«, so Andrea Hoffmeier, Bundesgeschäftsführerin der KBE.

Der »Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit«, mit den wichtigsten Trägern der Jugendsozialhilfe, darunter die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), hat im Januar »Eckpunkte zur Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen junger Menschen und ihre Einordnung in einen Deutschen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (DQR)« veröffentlicht. Ausgangspunkt der Überlegungen ist es, die Eingliederungschancen junger Menschen zu verbessern, die mit eher schlechten Voraussetzungen den Übergang in das Erwerbsleben bewältigen müssen. Dazu werden einfache, transparente und partizipative Verfahren der Anerkennung von Kompetenzen sowie Rahmenbedingungen benötigt, in denen diese Anerkennung auch praktische Folgen hat – beispielsweise, indem die Chancen auf einen Ausbildungsplatz für die Jugendlichen trotz fehlender formaler Qualifikation konkret verbessert werden.

Für die Validierung erworbener Kompetenzen wird ein mehrstufiges »Kompetenzmanagementsystem« vorgeschlagen. In der ersten Phase sollen die jungen Leute ein individuelles Kompetenzportfolio erstellen. In der nächsten Stufe erfolgt demnach ein Nachweis der non-formal und informal erworbenen Kompetenzen. Dieser Nachweis soll dann drittens mit entsprechenden Punkten versehen und dem entsprechenden DQR-Niveau zugeordnet werden.

Zur Diskussion von Anschlussmöglichkeiten des nicht-formalen und informellen Lernens an den DQR fanden im Juni 2011 Anhörungen von Expertinnen und Experten vor den entsprechenden Arbeitsgruppen der DQR-Gremien statt. Ein konkretes Modell zur Anbindung dieser Kompetenzen liegt aber noch nicht vor.

so

Bildungsserver: Dossier erweitert

Der Deutsche Bildungsserver hat sein Informationsdossier zu E-Learning in der Erwachsenenbildung umfassend erweitert und aktualisiert. Das Dossier bietet allen Interessierten, die beispielsweise einen passenden E-Learning-Kurs suchen, ein eigenes Kurskonzept entwickeln wollen oder sich über den aktuellen Forschungsstand informieren möchten, einen detaillierten Überblick über das jeweilige Thema. Der Deutsche Bildungsserver ist der zentrale Wegweiser zu Bildungsinformationen im Internet und wird als Gemeinschaftsservice von Bund und Ländern im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) koordiniert. Das Dossier hat viele neue wichtige Aspekte integriert. So können sich die Nutzerinnen und Nutzer nun beispielsweise über die Geschichte des E-Learnings, über Messen und Konferenzen in diesem Bereich, zu didaktischen Grundlagen oder auch zu »Blended Learning« – einem Lehr-/Lernkonzept, in dem virtuelle Lernphasen mit Präsenzveranstaltungen kombiniert werden – informieren. Zudem wurden die vorhandenen Übersichten, etwa über Studien oder Blogs zum Thema, auf den neuesten Stand gebracht. Die Überarbeitung erfolgte in Kooperation mit dem Projektbüro Thorsten Feigl.

Online-Fall-Laboratorium vorgestellt

Fortbildung anhand von realen Videofällen

Anfang Februar wurde im Katholisch-Sozialen Institut (KSI) in Bad Honnef das »Online-Falllaboratorium« der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Das Laboratorium ist eine Online-Plattform, die Videos von realen Lehr-Lernsituationen (Fallvideos) bereitstellt und der Aus- und Fortbildung aus allen Bereichen des Bildungssystems dient. Die Fallvideos spiegeln authentische pädagogische Situationen wider und sind mit unterschiedlichen Wahrnehmungsperspektiven (Teilnehmende, Kursleitende) sowie mit Theoriewissen didaktisch aufbereitet und angereichert.

Auf der Tagung im KSI berichteten Vertreter von Hochschule und Praxis, dass dieses Prinzip bei ihren ersten praktischen Tests mit der Plattform gut funktioniert. Auch die Teilnehmenden, die direkt vor Ort das Laboratorium ausprobieren konnten, zeigten sich angetan von seinen Möglichkeiten.

Ausgangspunkt für die Entwicklung des Projekts ist der Befund, dass sich viele »klassische« Fortbildungsformate erschöpft haben oder mit dem geringen Zeitbudget der beruflich Tätigen kollidieren, die Beteiligung an Fortbildungsmaßnahmen generell eher gering ausfällt und die Bemühungen um trägerübergreifende Standards für die Professionsentwicklung erst am Anfang stehen. An diese Ausgangslage und Frage knüpft das hier präsentierte, auf Basis mehrerer am Lehrstuhl für Erwachsenenbildung/Weiterbildung der Universität Tübingen angesiedelter Forschungsprojekte in direkter Kooperation mit Praktikern aus unterschiedlichen Kontexten und Tätigkeitsfeldern der Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Hochschule und Schule entwickelte Online-Fall-Laboratorium an. Wesentlichen Anteil an der Entwicklung hatte die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE).

Es stellt einen netzgestützten Lernraum bereit, der die Auseinandersetzung mit realen Praxissituationen und Theorieangeboten miteinander vereint und zeitlich und örtlich flexibel zur Gestaltung formaler, non-formaler, informeller und selbst gesteuerter Lernprozesse Anwendung finden kann.

Die Arbeit mit dem Online-Fall-Laboratorium soll der Kompetenzentwicklung von Lehrkräften, Trainern und Beratern in Form einer Förderung analytischer und diagnostischer Fähigkeiten dienen.

Für die Ausgestaltung von Bildungsangeboten stehen im passwortgeschützten Online-Fall-Laboratorium unterschiedliche Nutzungsrollen zur Verfügung, die sowohl organisierte Kursgestaltungen mit Moderation sowie einen Zugriff im Selbststudium oder in selbstorganisierten Lerngruppen in eigenständigen, rechtlich geschützten Lernräumen ermöglichen. Von jeder Nutzergruppe kann die

Fallauswahl, Bearbeitungsform und -dauer während der Bearbeitungsprozesse sowie die Komplexität und der damit verbundene Schwierigkeitsgrad der Anwendung eigenständig variiert werden. Flexibilität bietet das Online-Fall-Laboratorium auch besonders im Blick auf gewünschte zeitliche und räumliche Kommunikations- und Interaktionsformen: Präsenz-, Blended Learning- sowie Distance Learning-Form sind möglich.

Über die Aus- und Fortbildung von Lehrenden hinaus können die Videofälle des Online-Fall-Laboratoriums für weitere Zwecke genutzt werden: für die Diagnostik der Kompetenz von Lehrkräften; für die universitäre Ausbildung in empirischen Forschungsmethoden; für die Empirische Bildungsforschung, insbesondere für eine videogestützte Unterrichtsforschung, die mit der Fortbildung von Lehrkräften verknüpft wird. Nach Ende der Entwicklungszeit soll das Portal vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung DIE in Kooperation mit den beiden Projektträgern KBE und Universität Tübingen mitbetreut werden. Das Projekt wurde vom BMBF gefördert.

Sabine Digel / so

Im Dialog mit Angela Merkel

Der Deutsche Volkshochschul-Verband und die Bertelsmann Stiftung wollen den kürzlich gestarteten Bürgerdialog www.dialog-ueber-deutschland.de von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit lokalen Diskussionsforen ergänzen. Dazu werden Ende März in über 50 deutschen Städten dezentrale Bürgerforen organisiert, in denen die von der Kanzlerin zur Diskussion gestellten Fragen thematisiert werden. Die Teilnehmenden sollen nicht nur ihre persönlichen Perspektiven und Ideen einbringen, sondern erarbeiten Vorschläge, die anschließend in den bundesweiten Diskussionsprozess eingespeist werden. Drei Fragen werden im Mittelpunkt stehen: Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?

Wovon wollen wir in Zukunft leben? Wie wollen wir in Zukunft lernen?

Die Initiative versteht sich als eine Ergänzung des von Angela Merkel angestoßenen Dialoges über die Zukunft Deutschlands. Die Kanzlerin erhofft sich davon Denkanstöße und Handlungsvorschläge für die Gestaltung des Landes in den nächsten Jahren. Parallel zum Bürgerdialog findet auch eine Debatte mit über 120 Experten aus Wissenschaft und Praxis statt, die seit über einem Jahr interdisziplinär zusammenarbeiten. Anfang Februar hatte die Kanzlerin eine Online-Dialog-Plattform eingerichtet, auf der sich die Bundesbürger mit eigenen Vorschlägen und Kommentierungen in die Debatte einbringen können.

EUROPA

Zwei Schritte vor, einer zurück?

das neue EU-Bildungsprogramm soll »Erasmus für alle« heißen

Bildung war nicht immer Bestandteil europäischer Politik. Seit den 1960er Jahren hat die damalige Europäische Gemeinschaft damit begonnen, eine Bildungspolitik zu entwickeln, die sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Integration zunächst auf die Berufsbildung konzentrierte. Im Vordergrund stand das Interesse, Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Bildungspolitik wurde jedoch zunehmend wichtiger, seit die EU sich nicht mehr nur als Wirtschafts-, sondern als Wertegemeinschaft versteht. Umgesetzt und gestaltet wird Bildungspolitik auf der europäischen Ebene durch Richtlinien und Programme.

Erwachsenenbildung in Europa wurde erstmals 1995 gezielt über das europäische Förderprogramm Sokrates unterstützt; in ihrem abschließenden Bericht zu Sokrates erkennt die EU-Kommission das große Potenzial dieses Bereichs an und spricht sich klar für Grundtvig als Programmbezug der Erwachsenenbildung aus. Gestärkt wurde die Erwachsenenbildung in Europa auch durch das Konzept des lebenslangen Lernens, das seit 2000 die europäische Bildungspolitik bestimmt. Seit 2007 hat Grundtvig zusätzliche Bedeutung als Säule im erstmals integrierten Programm für Lebenslanges Lernen erhalten, das verschiedene Bildungsbereiche als Unterprogramme zusammenfasst. Seit 1995 hat die Erwachsenenbildung durch die EU also eine ständige Aufwertung erfahren, auch wenn im Hintergrund immer die Kritik am starken Bezug zu den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes stand.

Förderung nach 2013

So weit die Ausgangslage, vor der in den kommenden Monaten die Ver-

handlungen zur Programmgeneration 2014-2020 stattfinden werden. Am 23. November 2011 hat die Europäische Kommission einen ersten Vorschlag für das neue Programm »Erasmus für alle« vorgelegt und damit auch Hinweise auf den zukünftigen Stellenwert der Erwachsenenbildung gegeben.

Das neue Programm soll nach drei Schlüsselaktivitäten ausgerichtet werden, die bisherigen sektoralen Programmsäulen werden vollständig aufgelöst. Erwachsenenbildung soll dann gemeinsam mit der Aus- und Weiter-

bildung unter der Marke Erasmus Berufsbildung eine einzige Budgetlinie bekommen. Am Gesamtprogramm ist ein Anteil von 2% für die EB vorgesehen, durch die vorgeschlagene Erhöhung des gesamten Bildungsbudgets würden 80% mehr Mittel im Vergleich zum laufenden Programm für die Erwachsenenbildung zur Verfügung stehen – sollte es in den Verhandlungen bei diesen Zahlen bleiben. Es gibt aber auch weniger erfreuliche Passagen im Vorschlag der Kommission: Die Mobilität von Lernenden ist im Bereich

FEECA: eigenes EU-Budget für Erwachsenenbildung

Das Präsidium der FEECA – Europäische Föderation der katholischen Erwachsenenbildung hat eine Erklärung zum Entwurf der EU-Kommission »ERASMUS für alle« beschlossen. Darin wird der Vorschlag der Europäischen Kommission begrüßt, das Budget für »adult education« anzuheben.

Allerdings sollen ab 2014 die Programme für lebenslanges Lernen und Jugend in Aktion in einem einzigen Programm zusammengefasst und zukünftig von einer Agentur pro Mitgliedstaat verwaltet werden. Die Katholische Erwachsenenbildung setzt sich – wie viele Verbände und Organisationen der Erwachsenenbildung – für ein starkes EU-Programm im Bereich der Erwachsenenbildung nach 2014 ein. Dabei geht es vor allem darum, dass die Erwachsenenbildung eine eigenständige Budgetlinie für die non-formale (»allgemeine«) Erwachsenenbildung innerhalb eines neuen Bildungsprogramms behält und nicht mit der beruflichen (Weiter-)Bildung in einen Topf geworfen wird. In ihrem im April 2011 veröffentlichten Bildungsbericht nennt die Kommission die Förderung von lebenslangem Lernen als eines ihrer prioritären Ziele; der finanzielle Anteil der Erwachsenenbildung am neuen Programm sollte dieses Ziel abbilden. Erwachsenenbildung sei, erklärte die FEECA, ein unverzichtbarer Bestandteil des lebenslangen Lernens. In der derzeitigen Krise brauche Europa auf der einen Seite gut ausgebildete, kreative und innovative Menschen. In diesem Rahmen seien auch die sogenannten Softskills von großer Bedeutung, die vor allem in der Erwachsenenbildung erworben werden. Auf der anderen Seite brauche Europa ebenso sozial und politisch aktive Bürger und Bürgerinnen. Die allgemeine Erwachsenenbildung leiste hierzu einen wichtigen Beitrag. Aus diesem Grund werde die Forderung europäischer Verbände nach einer substanziellen Erhöhung des Budgets für die Erwachsenenbildung auf mindestens 7 % – wie in den Bereichen Schulbildung und Jugend – unterstützt. Den vollen Wortlaut sowie die Stellungnahme der KBE zum EU-Vorschlag finden Sie unter www.kbe-bonn.de.

der Erwachsenenbildung nicht mehr vorgesehen; laufende Formate wie die Grundtvig-Workshops oder Vorbereitende Besuche sollen auslaufen. Die Administration des neuen Programms wird vereinfacht und vereinheitlicht; pro Mitgliedstaat soll sich künftig nur noch eine Agentur um die Verwaltung des Programms kümmern. Angesichts der andauernden Finanzkrise in Europa und dem daraus folgenden Druck auf die Budgets der EU-Mitgliedstaaten ist das Bildungsverständnis im Kommissionsvorschlag erneut funktionalistisch verengt. Frühere Schwerpunkte wie die Förderung von »active citizenship« werden nur noch am Rande genannt.

Zentrales Ziel des Programms im Bereich der Erwachsenenbildung ist die Umsetzung der »Erneuten europäischen Agenda für die Erwachsenenbildung«, deren Entwurf eine Woche nach der Vorstellung des neuen Programms vom Ministerrat beschlossen wurde. Die Agenda nennt fünf Hauptziele, die bis 2014 verwirklicht werden sollen, gleichzeitig aber auch den Grundstein für die weitere Entwicklung bis 2020 legen sollen. Dazu gehören u.a. die Verwirklichung von lebenslangem Lernen und Mobilität, die Verbesserung von Qualität und Effizienz sowie die Förderung von Chancengleichheit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns durch die Erwachsenenbildung. Angesichts der Bedeutung, die Erwachsenenbildung im Konzept des Lebenslangen Lernens bislang gespielt hat, ist die geplante Zusammenfassung unter den Bereich der beruflichen Bildung ein Rückschritt. Mit dem Kommissionsvorschlag müssen sich 2012 und 2013 noch der Ministerrat und das Europäische Parlament beschäftigen; aus den Reihen des Parlaments wurde das enge Bildungsverständnis, das dem Kommissionsvorschlag zugrunde liegt, bereits kritisiert. Die Verhandlungen zum neuen Programm werden zeigen, ob die EU-Förderung die Umsetzung der Agenda für die Erwachsenenbildung künftig tatsächlich ermöglichen wird.

Christina Gerlach

EU startet neuen Aktionsplan

MdEP Pack: Entwurf zum neuen Programm nicht akzeptabel

Die EU-Kommission hat in Brüssel die neue »Agenda für Erwachsenenbildung« offiziell gestartet. Der Plan enthält insgesamt fünf Punkte (Erhöhung der Teilnahme, Qualität, Gleichheit und aktive Bürgerschaft, Kreativität, Monitoring). Dazu hat die zuständige Abteilung in Brüssel eine europäische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich in ihren jeweiligen Ländern um die Umsetzung des neuen Aktionsplans kümmern soll. Die Gruppe besteht aus nationalen Koordinatoren, die mit einem kleinen Budget ausgestattet sind, sodass Aktionen wie Konferenzen möglich sind. Normalerweise werden die Koordinatoren von den jeweiligen Ministerien gestellt. In Deutschland fiel die Wahl auf Georg Rosenstein, zuständig für die Erwachsenenbildung in der Nationalagentur im Bundesinstitut für Berufsbildung, die das EU-Förderprogramm zum lebenslangen Lernen in Deutschland abwickelt.

Auf der Start-up-Veranstaltung in Brüssel sprach sich die Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Erziehung im Europäischen Parlament, Doris Pack, entschieden dafür aus, dass die Erwachsenenbildung in Europa ein größeres Gewicht bekommt. Sie kritisierte scharf das neue Konzept »Erasmus für alle«, das 2014 das Lifelong Learning-Programm ablösen soll (s. nebenstehenden Beitrag). Es mache keinen Sinn, betonte die deutsche Politikerin, die bewährte Struktur des Förderprogramms mit seinen Teilen Erasmus (Hochschule), Comenius (Schule), Sokrates (berufliche Bildung) und Grundtvig (Erwachsenenbildung) zugunsten einer einzigen umfassenden Initiative aufzulösen. Zwar sei es erfreulich, dass das Budget insgesamt deutlich angehoben werde, allerdings seien für die Erwachsenenbildung nunmehr nur noch zwei Prozent vorgesehen (bisher vier Prozent). Sie werde dafür sorgen, dass dieser Entwurf so nicht vom Parlament genehmigt werde. Auf der Tagung, die von der Kommissarin Androulla Vassiliou eröffnet wurde, ging es vor allem um konkrete Beispiele, wie in den Medien und in der Politik die Anliegen der Erwachsenenbildung gehört werden können. Dabei stand thematisch die Grundbildung im Zentrum. Aus Deutschland stellte Rolf Prudent das Lernfest in Bad Tölz und Dr. Peter Brandt vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung die Alphabetisierungskampagne »Ich schreibe mich nicht ab« vor.

Zur Sprache kam auch das KBE-Projekt European InfoNet Adult Education, das den auf der Veranstaltung vielfach geäußerten Wunsch nach wirkungsvoller Verbreitung und öffentlicher Aufmerksamkeit von Themen der Erwachsenenbildung erfüllen könne, wie Peter Brandt betonte. Das Netzwerk hat nun einen zweiten Versuch gestartet, im Rahmen des Grundtvig-Programms eine Verlängerung zu erhalten. Unter der Leitung von KBE-Geschäftsführerin Andrea Hoffmeier wurde auf einem Treffen in Paris ein neuer Antrag erstellt und eingereicht. Er sieht ein rekordverdächtiges Netzwerk von 35 Partnern mit Vertretern in allen europäischen Ländern vor.

Michael Sommer



Doris Pack und die neue Abteilungsleiterin in der EU-Kommission für Erwachsenenbildung, Dana Bachmann (re.)

Klima stabil

Wbmonitor-Umfrage

Das wirtschaftliche Klima bei den Anbietern beruflicher Weiterbildung ist durchweg positiv. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Wert 2011 nahezu unverändert. Damit ist der Abwärtstrend der Vorjahre gestoppt. Das ist ein zentrales Ergebnis der letzten wbmonitor-Umfrage. wbmonitor ist eine gemeinsame Initiative des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Neben dem Wirtschaftsklima der Weiterbildung standen bei der aktuellen Befragung Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Weiterbildung im Zentrum.

Der Klimawert der Weiterbildungsanbieter liegt bei +22 und ist damit 2011 im Vergleich zum Vorjahr (+23) fast unverändert positiv. Trotz dieses positiven Ergebnisses kann die Weiterbildungsbranche dem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung nicht folgen: Erstmals ist das Wirtschaftsklima

in der Weiterbildung schlechter als in der gesamten Dienstleistungsbranche. Dieses hat sich 2011 gegenüber dem Vorjahr um zwölf Punkte auf +27 verbessert. Auch die Unterschiede bei den Weiterbildungsanbietern sind groß: Während überwiegend betrieblich finanzierte Anbieter mit einem Klimawert von +66 von einer hervorragenden Geschäftsentwicklung berichten, ist der Klimawert der hauptsächlich Arbeitsagentur-finanzierten Anbieter erstmals negativ. Die Diskrepanz zwischen den Klimawerten der betrieblich finanzierten und Arbeitsagentur-finanzierten Anbieter beträgt 2011 somit fast 90 Punkte auf der Skala von -100 bis +100. Das ist ein seit Einführung des wbmonitor Klimawertes noch nicht gemessener Unterschied zwischen Teilmärkten der Weiterbildung. Der zweite Schwerpunkt der Umfrage des wbmonitor galt dem demografischen Wandel. Die Anbieter von Weiterbildung sehen hierin vor allem mit Blick auf ihre betrieblichen Kunden einen Zukunftsmarkt. Viele beabsichtigen daher, innerhalb der nächsten fünf Jahre entsprechende Maßnahmen einzuführen.

Berufsbegleitender Studiengang Beratung in der Weiterbildung

Ab dem Sommersemester 2012 bietet der Fachbereich Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in Kooperation mit der WWU Weiterbildung gGmbH den bisherigen Zertifikatskurs »Beratung in der Weiterbildung« als berufsbegleitenden Masterstudiengang »Beratung in Weiterbildung, Bildung und Beruf« an. Der Masterstudiengang richtet sich an Führungskräfte sowie Mitarbeitende im Bereich der Weiterbildung, Bildung, Schule, Hochschule und Personalentwicklung. Die Studierenden werden qualifiziert, Beratung mit Einzelpersonen, Gruppen und in Organisationen zu initiieren, durchzuführen und auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse weiterzuentwickeln.

Das Studium qualifiziert aufbauend auf den Basisansätzen der Individualpsychologischen und der Systemischen Beratung für die Schwerpunkte: Lernberatung und Beratung der Lehre (in Schule und Weiterbildung); Beratung im Beruf: Coaching, Supervision, Organisationsberatung; Lebenslauf- und Laufbahnberatung. Der Studienaufbau ist speziell auf die Bedürfnisse von Berufstätigen ausgerichtet. Die zweijährige Studiendauer (vier Semester) gliedert sich in Präsenzphasen von fünf Wochenenden pro Semester, in Selbstlernphasen zur Vor- und Nachbereitung der Präsenztage sowie in online-basierte Lernphasen. Studienbegleitend bieten wir zu Beginn des Studiums das Persönlichkeitscoaching sowie nach dem ersten Semester die Lehrberatung und die Interventionsarbeit an. Die Präsenzwochenenden finden in Münster statt. Die wissenschaftliche Leitung des Studiengangs liegt bei Prof. Dr. Ursula Sauer-Schiffer.

Weitere Infos: www.wwu-weiterbildung.de oder bei der WWU Weiterbildung, Tel. 0251 / 8321740 bzw. info@wwu-weiterbildung.de.

VON PERSONEN

Domkapitular **Dr. Joseph Sauer** ist am 5. Dezember 2012 gestorben. Dr. Joseph Sauer war von September 1978 bis Juni 1994 einer der stellvertretenden Vorsitzenden im Vorstand der KBE. Nach dem Rücktritt des amtierenden Vorsitzenden Dr. Franz Henrich war er zwischenzeitlich von September 1981 bis Mai 1982 geschäftsführender Vorsitzender. Besondere Beachtung fand er durch einen Aufsatz für die KBE zum Thema »Erwachsenenbildung und Pastoral«. Joseph Sauer leitete die Freiburger Katholische Akademie in den Jahren 1974 bis 1979 sowie die Abteilung Weiterbildung im Erzbischöflichen Ordinariat (1974–1997).

Mit einem Festakt wurde **Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nussl von Rein**, der Wissenschaftliche Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE), in den Ruhestand verabschiedet. Unter seiner Leitung wurde das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, der er lange Jahre als Vize-Präsident vorstand. In Deutschland hatte er zuletzt den Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an der Universität Duisburg-Essen inne. Im Jahr 2000 verlieh ihm die Universität Timisoara die Ehrendoktorwürde. Im Jahr 2006 wurde er zum Mitglied in der International Adult and Continuing Education Hall of Fame ernannt.

Zu Nussl von Reins Pensionierung erschien die ihm gewidmete Festschrift »Entgrenzungen des Lernens«. Der von Professor Dr. Rolf Arnold herausgegebene Band mit dem Titel »Entgrenzungen des Lernens – Internationale Perspektiven für die Erwachsenenbildung« ist in der Reihe Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung im W. Bertelsmann Verlag erschienen.

Neonazis in Facebook und Co.

AKSB-Fachtagung »Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts«

Ein Fackelzug im Dunkeln der Straße. Die Gestalten, die marschieren, haben weiße Masken auf. Dazu heroisch drohende Musik. Das Video »Fackelzug von Bautzen« ist nur eines der Beispiele, wie sich Rechtsextreme im Internet darstellen. Alexandra Beyersdörfer kennt diese Bilder. Sie ist Mitarbeiterin bei jugendschutz.net und untersucht rechtsextreme Inhalte im Web. Bei der Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft katholisch-soziale Bildungswerke AKSB »Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts« berichtete sie vor rund 50 Teilnehmenden über die Arbeit von jugendschutz.net. Die AKSB hatte gemeinsam mit dem Heinrich Pesch Haus im Rahmen ihres gleichlautenden bundesweiten Projekts – gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) – zu der Fachtagung nach Ludwigshafen eingeladen.

Immer professioneller

Alexandra Beyersdörfer gab in ihrem Vortrag eine Warnung: Rechtsextreme agieren im Internet immer professioneller. Das Web 2.0 werde massiv missbraucht, um Jugendliche zu ködern. Beyersdörfer fordert eine »Kultur gemeinsamer Verantwortung von Providern, Nutzern und Gesetzgeber«, vor allem auch auf internationaler Ebene.

Zuvor hatte Alexander Häusler den theoretischen Einstieg in das Thema der Fachtagung gegeben. Häusler ist Sozialwissenschaftler der FH Düsseldorf und Experte auf diesem Gebiet. Sein Schwerpunkt: die Darstellung der »Neuen Rechten« bzw. »Modernisierten Rechten«. In neuem Gewand bedienen sich die Neonazis bewusst einer alternativen Ästhetik wie Comicfiguren, Graffiti oder Symbolen aus der linken Szene, um damit neue jugendliche Klientel zu ködern. Mit

ihrem Vorgehen werde der Rassismus kulturalisiert und religiös umformt, sagte Alexander Häusler. Aber Häusler mahnt auch: Den Rechten nur mit der »Moralkeule« entgegenzutreten, reiche nicht aus. Man müsse »das instrumentelle Verhältnis zur Demokratie herausstellen«. Außerdem sei eine klare Positionierung für eine multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft nötig. Demokraten sollten sich nicht einlassen auf eine Diskussion von »Kulturkampf«, sondern »die interkulturellen Interessen im sozialen Raum betonen«.

Von Wölfen im Schafspelz bis zu offenen extremen Inhalten: die aussagekräftigen Beispiele von Simone Rafael von no-nazi.net ließen die vielfältigen und wechselhaften Erscheinungsbilder des Rechtsextremismus im Social Web sichtbar werden. Die meisten Neonazis agieren sehr professionell und geben sich oft bewusst harmlos und scheinbar seriös. Sie propagieren zum Beispiel die besondere Rolle der Familie oder warnen vor »kultureller Überfremdung«. Rechtsextreme wollen über die sozialen Netzwerke zu einer »Normalisierung« extremer Argumente beitragen, eine »Meinungsführerschaft übernehmen«; eine rechtsextreme Gegenöffentlichkeit schaffen.

Simone Rafael fordert daher Gegenstrategien: Soziale Netzwerke sollten sich in ihren AGBs klar gegen extremes Gedankengut positionieren und Kampagnen gegen Rechtsextremismus inhaltlich unterstützen. Nutzer sollten rechtsextreme Seiten melden und in Diskussionen und Foren rechtsextreme Statements nicht unwidersprochen stehen lassen. Wenn Leute (virtuell) angegriffen werden, sollte dem Opfer geholfen werden.

In einer Podiumsdiskussion mit Dr. Doris Katheder, Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg, Dr. Helmut Volk, Regionalbeauftragter für Toleranz und Demokratie im bayerischen Kultus-

ministerium, Martin Ziegenhagen, Projektleiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, Hans-Uwe Dauman von »Medien+bildung.com« sollten die bisherigen Erfahrungen in konkrete Weisungen für die Gesellschaft, aber vor allem für die Bildungsarbeit gebündelt werden. In einem Punkt waren sich alle Podiumsteilnehmenden einig: Bei den Lehrkräften bestehe oftmals eine geringere Medienkompetenz als bei Schülern. Es sei notwendig, externe Fachleute an die Schule und in den Unterricht zu holen.

Netzwerk von außerschulischer Bildung und Schule

Fazit: Die Einzelbeispiele aus dem Social Web in den verschiedenen Vorträgen und die bisherigen Ergebnisse im Projektverlauf hätten gezeigt, dass die außerschulische Bildung mit ihren Angeboten ein idealer Partner für Schule zur Aufarbeitung der Themenfelder Rechtsextremismus und Web 2.0 sein kann. In diesen Themenfeldern gebe es erheblichen Nachholbedarf nicht nur bei Schüler/-innen, sondern auch bei Lehrer/-innen und Eltern. Sie alle müssten in Zukunft in entsprechende Bildungsmaßnahmen einbezogen und das Netzwerk von außerschulischer Bildung und Schule gestärkt werden. Die Erkenntnisse der Tagung fließen in die Projektdokumentation und die weitere Bildungsarbeit der AKSB ein und sind nachzulesen unter www.wir-bewegen-schule.de.

Die AKSB hat dieses Thema schon Ende letzten Jahres auf den Tisch gebracht. Auf der Fachtagung zur jährlichen Mitgliederversammlung diskutierte der Fachverband über »Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0: Sozialisation, Partizipation und intergenerationelle Solidarität«.

Markus Schuck/Andreas Spengler